Im Oktober 2009

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Kreisgruppe Steinfurt
Seniorenvertreter (APS)

Senioren–News

==========

☎ (0 5971) 7744
✉ jo-paschke@t-online.de
j.paschke@dgb-rheine.de

☞ Alle News-Ausgaben sind nachzulesen unter: www.gdp-steinfurt.de/senioren

Sitzung des BV-Seniorenvorstandes in Gelsenkirchen

Am 30. 07. 2009 fand im Polizeipräsidium in Gelsenkirchen-Buer die letzte Sitzung der Seniorenvertreter des BV Münster statt.
Aus der Gewerkschaftsarbeit berichtete Thomas Höner, dass beim Landesbezirk Dieter Görtz, Heinz Rump und Theo Meyer in den Ruhestand gehen. Der Kollege Nowack soll zunächst den Platz von Dieter Görtz und später von Heinz Rump (Geschäftsführer) übernehmen. Für Theo Meyer gibt es noch keinen Nachfolger.
Auf der sehr umfangreichen Tagesordnung standen weiter unter anderem unter TOP 8 die Wahlen eines neuen BV-Bezirksseniorenvorstandes an. Es waren ein Vorsitzender, sein Stellvertreter und der Schriftführer zu wählen. Klaus Dyba stand für den Posten des Vorsitzenden aus Altersgründen nicht mehr zur Verfügung.
Bei der anschließenden Wahl wurden gemäß des Wahlvorschlages ***Hans Zimmermann*** aus Coesfeld zum 1. Vorsitzenden und ***Jochen Spengler*** aus Billerbeck zu seinem Vertreter gewählt. Schriftführer wurde ***Klaus Stoppe***.
Klaus Stoppe wird mit den Aufgaben des Schriftführers bis zum Eintritt in den Ruhestand kommissarisch beauftragt und übernimmt im November 2010 dann offiziell das Amt.

6. Landesseniorenkonferenz

Am 13. Oktober findet in Münster die 6. Landesseniorenkonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen nach dem Grußwort des Bundesseniorenvorsitzenden Artur Jung, einen Bericht zu aktuellen Themen der GdP von Frank Richter und dem Geschäftsbericht von Dieter Gier, die Wahlen eines neuen Landesseniorenvorstandes an. Gewählt werden sollen auch die Delegierten für die Bundesseniorenkonferenz in Potsdam. Die Beratungen verschiedener Anträge aus den Kreisgruppen werden folgen.
In einer der nächsten Ausgaben der Senioren-News werde ich noch ausführlich berichten.

Kriminalität und Terrorismus dürfen nicht von Koalitionsverhandlungen profitieren

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt die Unionsparteien vor unverantwortlichen Kompromissen in der Innen- und Rechtspolitik. Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen heute in Berlin sagte GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: „Der Koalitionsvertrag darf nicht auf Kosten der Inneren Sicherheit zustande kommen. Von einer Verwässerung der rechtlichen Grundlagen zur Verbrechensbekämpfung profitieren allein die Organisierte Kriminalität und der islamistische Terrorismus.“

Die Gewerkschaft der Polizei befürchtet, dass angesichts der drohenden Auswirkungen der Finanzkrise und des Versprechens der Union, den sozialen Frieden nicht zu gefährden, für die FDP die Innen- und Rechtspolitik als einziges Profilierungsfeld übrig bleibe. Freiberg: „Die künftigen Koalitionspartner sollten die Chance nutzen, eine Innenpolitik mit Augenmaß zu betreiben und die personellen Defizite bei der Polizei zu beseitigen."

Empfehlungen des „Expertenkreis Amok" unverzüglich umsetzen!

Düsseldorf. „Ohne eine weitere Verschärfung des Waffenrechts ist ein erneuter Amoklauf an einer Schule nicht auszuschließen", darauf hat der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter angesichts des jetzt veröffentlichten Abschlussberichts des „Expertenkreis Amok" aufmerksam gemacht. „Die Forderung der Experten, Großkaliberwaffen und andere extrem gefährliche Waffen aus Privathaushalten zu verbannen und sportliches Schießen auf die Verwendung von Sportwaffen zu beschränken, ist überfällig", betonte Richter.
Zur Begründung seiner Forderung nach einer weiteren Verschärfung des Waffenrechts hat der nach dem Amoklauf von Winnenden von der baden-württembergischen Landesregierung eingesetzte „Expertenkreis Amok" darauf aufmerksam gemacht, dass bei den vergangenen Amoktaten die Waffen in der Regel Vätern oder männlichen Verwandten der Attentäter gehörten. „Sie waren überwiegend im legalen Besitz, aber unzureichend gesichert", stellen die Experten fest. Zudem sei die Schwere der Verletzungen der Opfer „erheblich von der Verwendung durchschlagkräftiger Waffen bestimmt" gewesen.

Die Amoktäter hätten durch Einübung mit scharfen Waffen oder bestimmten Computerspielen „zum Teil über enorme Treffsicherheit verfügt", heißt es im Bericht.

Um künftige Amoktaten zu verhindern, muss nach Meinung der Experten die Altersgrenze beim Sportschießen mit großkalibrigen Waffen von 18 auf 21 Jahre angehoben werden. Die Bedürfnisprüfung für Waffenbesitzer müsse nach Verwendungszweck (Jäger, Schütze) und Übungsnotwendigkeit (Gelegenheitsschütze, Sportschütze) differenziert werden. Zudem wollen die Experten die Gefährlichkeit von Schusswaffen durch technische Änderungen wie eine Begrenzung der Magazine auf wenige Patronen und eine Begrenzung der Schussenergie reduzieren.

Zu den mehr als 80 Empfehlungen des „Expertenkreis Amok" gehört neben einem Verbot von Computerspielen, in denen das Töten von Menschen simuliert wird, auch ein Verbot von Paintballspielen. „Es wäre paradox, das virtuelle Schießen auf Menschen in Computerspielen zu verbieten, während das reale Schießen mit Farbkugeln weiter zulässig bleibt", heißt es in dem Bericht. Mit dem gleichen Argument hatte auch der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Richter bereits unmittelbar nach dem Amoklauf von Winnenden ein Paintball-Verbot gefordert.

Pressesplitter:

Millionen-Überschuss in den Pflegekassen.

Die *Pflegeversicherung* hat in den ersten sieben Monaten des Jahres trotz der Wirtschaftskrise knapp 500 Millionen Euro Überschuss erzielt. Den Einnahmen von etwa 12,2 Milliarden Euro standen Ausgaben von rund 11,7 Milliarden gegenüber. Wegen der Beiträge aus dem Weihnachtsgeld erwartet das Gesundheitsministerium in Berlin einen Gewinnanstieg auf bis zu 0,9 Milliarden Euro in diesem Jahr.

Anderen Quellen war zu entnehmen, dass der *Gesundheitsfond* bereits im Startjahr pleite ist. Die Zahlen sind dramatisch und weisen ein Milliardenloch von 8 Milliarden auf. Daher ist der Gesundheitsfond mit seiner Einheitsmedizin keine gute Lösung, ist untauglich und funktioniert nicht.

Termin: GdP-Senioren-Treffen

Wie versprochen möchten wir unsere Seniorentreffen weiter vorführen. Es ist beabsichtigt mit den Pensionären und Rentnern der GdP Kreisgruppe Steinfurt, sowie deren Angehörigen, am

Mittwoch, den 18. November 2009
in der Fischerhütte in Emsdetten-Austum

in geselliger Runde Erinnerungen austauschen und aktuelle Entwicklungen zu diskutieren.

Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich in bewährter Form (Kaffee, Kuchen und Kesselgulasch) gesorgt.
Eine schriftliche Einladung folgt noch.

Weitere Termine:

19. bis 20. April 2010 Bundesseniorenkonferenz in Potsdam
und
21. bis 22. April 2010 Landesdelegiertentag in Dortmund

Wir Pensionäre wissen, was zu tun ist und kämpfen aktiv für unsere Rechte !

Euer
GdP-Ansprechpartner für Senioren
-Jo. Paschke-